

IN KÜRZE

25 Jahre Tschernobyl

Mit Filmen, einer Lesung sowie Diskussionsveranstaltungen ruft das Aktionsbündnis »Bielefeld steigt aus« im April den Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl in Erinnerung. Außerdem ist eine Ausstellung der Fotografin Hermine Oberück zum Thema in der Bürgerwache geplant. Die Veranstaltungsreihe soll auch verstärkt auf das Bürgerbegehren zum Ausstieg der Stadt Bielefeld aus dem AKW Grohnde aufmerksam machen. Die Stadtwerke halten einen Anteil von 17 Prozent am Atomkraftwerk. Das vor rund einem halben Jahr gestartete Bürgerbegehren hat laut Martin Schmelz vom Aktionsbündnis bereits zwei Drittel der notwendigen Unterschriften zusammen.

Braune Spuren zum Bismarck-Kommers

Ein Bündnis aus Studierenden- und Antifa-Initiativen will am 1. April wie im vergangenen Jahr gegen den Bismarck-Kommers der Bielefelder Studentenverbindungen in der Stadthalle protestieren. In der Kritik stehen vor allem elitäres Denken und das diskriminierende Frauenbild der Verbindungen. Immerhin soll in diesem Jahr die Burschenschaft Normannia Nibelungen nicht eingeladen sein. Zur dieser studentischen Verbindung gehören Mitglieder der Neonazi-Szene. In dem Burschenschaftshaus haben zahlreiche extrem rechte Veranstaltungen stattgefunden haben. Am 1. April ruft das Bündnis zu einer Demonstration vor der Stadthalle auf.

Big Brother am 1. April

Am 1. April verleiht der FoeBuD e. V. in Bielefeld zum 11. Mal die »Oscars für Datenkraken«. Die unterhaltsame Preisverleihung beginnt um 18 Uhr in der Hechellei.

Wenn das Brett klemmt

Im Frühling schwärmen die Volkszähler aus. Jeder Zehnte soll Rede und Antwort stehen. Von Ulrich Zucht



FOTO: GERO ALTSMANN | PIXELO

In Bielefeld sollen 260 Interviewer zufällig ausgewählte Haushalte aufsuchen. Rund 20.000 Bielefelder werden zwischen Mai und Juli persönlich befragt. Darüber hinaus müssen alle Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften wie Studentenwohnheimen, Altersheimen oder Asylunterkünften Angaben zu ihren Lebensverhältnissen machen. Schon seit November werden die Haus- und Wohnungsbesitzer aufgefordert, Fragebögen auszufüllen. Insgesamt soll rund ein Drittel der Menschen im Land mit der Volkszählung in Berührung kommen.

Zunächst rufen die »Erhebungsbeauftragten« an, um einen Hausbesuch zu vereinbaren. »Man kann die Fragebögen aber auch

schriftlich oder online ausfüllen. Man muss niemanden in seine Wohnung lassen«, sagt Birgit Kempf vom zuständigen »Landesbetrieb Information und Technik NRW«. Vorrangiges Ziel der Volksinventur sei die Ermittlung der Bevölkerungszahl. Aufgrund einer EU-Verordnung von Rumänien bis Irland. Es würden jedoch auch Daten für die zukünftige Infrastrukturplanung erhoben. »Daran können wir ablesen, ob eine Region mehr Kindergärten braucht oder eher Altersheime braucht.«

Für diese repräsentativen Planungsdaten wird die Erhebung mit bereits bestehenden Registern abgeglichen. Die Einwohnermeldämter etwa liefern Auskünfte zu Ge-

schlecht, Familienstand und Adressdaten. Informationen zur Erwerbstätigkeit werden mit der Bundesagentur für Arbeit abgeglichen. Alle Datensätze werden zentral für vier Jahre in München ausgewertet.

Besonders die Zusammenführung persönlicher Daten beunruhigt Michael Ebeling vom »AK Zensus« an der 754 Millionen Euro teuren Erhebung: »Die Zuordnung ist über eine jedem Einwohner und jeder Wohnadresse zugeordnete Nummer möglich. Die Erhebung ist streng genommen nicht anonym, solange diese Daten existieren.«

»Nicht wünschenswert«

Der Bürgerrechts- und Datenschutzverein FoeBud hält die geplante Erhebung insgesamt für überflüssig. »Eine weitere zentrale Datensammlung ist weder nötig noch wünschenswert. Vor allem, weil die meisten im Zensus abgefragten Informationen bereits vorliegen. Sie müssten nur intelligenter ausgewertet werden«, findet die Aktivistin Rena Tangens.

Verweigern darf sich der Bürger nicht, es besteht Auskunftspflicht. Wer nicht mitmacht, dem droht ein Zwangsgeld. Rechtsanwalt Michael Pattberg sieht das nicht so dramatisch: »Ein vergleichbares Urteil zum Mikrozensus lag bei 150 Euro, außerdem muss der Zensus in einem überschaubaren Zeitraum abgeschlossen werden. Vom Signal einer solchen Drohung mal ganz abgesehen.«

Bürgerarbeit ist nicht freiwillig

In Bielefeld geht das Modellprojekt Bürgerarbeit in seine entscheidende Phase. Kritiker sehen darin keine Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Von Ulrich Zucht



FOTO: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

»Arbeitplus« hat Bürgerarbeit insbesondere für »psychosozial belastete Menschen« vorgesehen.

Seit Mitte Januar gibt es auch in Bielefeld »Bürgerarbeit«. Arbeitslosengeld-II-Bezieher sollen zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten verrichten. »Die Bürgerarbeit umfasst 30 Stunden die Woche, die bei gemeinnützigen Trägern und

Beschäftigungsgesellschaften geleistet werden«, sagt Ralph Lauhoff-Baker vom Jobcenter »Arbeitplus«. Dafür erhalten sie einen Lohn von 900 Euro brutto. Bis Oktober sollen 215 weitere Bürgerarbeitsplätze entstehen. Ins mehrstufige Konzept der Bürgerarbeit wurden im Vorfeld rund 750 Langzeitarbeitslose einbezogen. In einer sogenannten Aktivierungsphase seit Juni 2010 erhielten sie zusätzliche Beratung und Qualifizierung, gleichzeitig wurden verstärkte Anstrengungen um einen Job von ihnen erwartet. »Bisher konnten wir schon 232 Personen in den regulären Arbeitsmarkt vermitteln. 65 in geringfügige Beschäftigung und 167 in andere Arbeitsverhältnisse. Durchaus ein Erfolg«, findet Ralph Lauhoff-Baker.

Das von der Bundesregierung aufgelegte Programm soll die »Ein-Euro-Jobs« ergänzen und teilweise ersetzen. Es ist auf drei Jahre befristet und wird aus Mitteln des Bundes und der EU finanziert. Eine Beson-

derheit in Bielefeld: »Arbeitplus« hat Bürgerarbeit insbesondere für »psychosozial belastete Menschen« vorgesehen.

Bei den Ratsparteien stößt das neue Arbeitsmarktinstrument auf Zustimmung. Lediglich »Bürgernahe« und »Die Linke« lehnen Bürgerarbeitsplätze ab. »Die Festlegung auf die Zielgruppe der psychosozial belasteten Menschen« kann stigmatisieren und verhindert dann eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt«, erklärt Dirk Schmitz, Ratsmitglied »Die Linke«.

Ulrike Giesemann von der Sozialberatung »Widerspruch e. V.« kritisiert den Grundgedanken der Bürgerarbeit: »Nach dem Prinzip »keine staatlichen Leistungen ohne Gegenleistung« drohen wie bei den »Ein-Euro-Jobs« Sanktionen. Solche Maßnahmen sind nicht freiwillig.« Aus gewerkschaftlicher Sicht wird vor untertariflicher Bezahlung gewarnt. Arbeitgeber müssten auch Bürgerarbeit tariflich bezahlen, heißt es bei »ver.di«.

Anzeigen

**cambio CarSharing**  
 Probe fahren!  
 6 von 49 Autos stehen für Sie im Viertel.  
 Autos ab 1,90 € pro Stunde – stunden-, tage- und wochenweise.  
 cambio  
 Telefon 0521-63333  
 www.cambio-CarSharing.de

**TIM'S** 05 21  
 Leihwagen 6 40 50  
 AUTOVERMIETUNG • ABSCHLEPPDIENST • KFZ • WERKSTATT  
 Walther - Rathenau - Straße 77 33602 Bielefeld

**KURZUM** MEISTERBETRIEBE  
 Wir verstehen unser Handwerk  
 Tischlerei • Malerbetrieb • Heizung/Sanitär • Umzugsprofis  
 Friedrichstraße 24 • 33615 Bielefeld  
 www.kurz-um.de • Tel.: 13 13 32

Rechtsanwaltskanzlei  
 TERLINDEN  
 LOHRENGEL  
 Rechtsanwälte • Fachanwälte  
 Friedrichstraße 24 • 33615 Bielefeld  
 Tel.: 0521-557799-0 • www.kanzlei-tl.de